

uns nicht!"



Claudia Klimt-Weithaler ist (wieder) Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark:

„Die Pläne der Bundesregierung sind noch nicht das Ende der Belastungswelle. Auch die Landesregierung plant neue Belastungen. Wer uns die Krise eingebrockt hat, soll auch für die Kosten aufkommen. Schicken wir das Belastungspaket zurück an den Absender!“

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete



Kalte Dusche und warme Ledersitze

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Das Belastungspaket, das die Bundesregierung vorgelegt hat, ist ein schwerer Angriff besonders auf die Familien. Die mussten in den vergangenen Jahren schon große finanzielle Belastungen aushalten. Aber nicht nur die Familienbeihilfe wird gekürzt, auch Müll und Kanal werden schon wieder teurer. Jetzt wird auch noch die Wohnbeihilfe in Frage gestellt. Als die konservative britische Regierung vor wenigen Wochen einen ähnlichen Plan präsentiert hat, warnten Abgeordneten aus ihren eigenen Reihen, dass dadurch Hunderttausende ihre Wohnung verlieren würden.

Als 2008 die Rückzahlungspflicht (Regress) bei den Pflegekosten und in der Sozialhilfe abgeschafft wurde, haben viele aufgeatmet. Doch schon bald stellte sich heraus, dass die Behörden jetzt verlangen, dass Betroffene ihre Angehörigen auf Unterhalt klagen müssen, bevor sie Hilfe in Anspruch nehmen können. Erst wenn diese Klage erfolglos bleibt, besteht Anspruch auf Hilfe. Man kann sich vorstellen, was es für das Familienleben bedeutet, wenn etwa Eltern ihre gerade selbst

ständig gewordenen Kinder oder Kinder ihre auch nicht vermögenden Eltern auf Unterhalt klagen. Die Familienmitglieder geraten in Streit, brechen den Kontakt ab, der Zusammenhalt wird zerstört.

Fast hat man das Gefühl, Bund, Land und Gemeinden würden den Familien bewusst das Leben schwer machen. Dafür geben Banken und Konzerne damit an, wieder Rekordgewinne zu schreiben - Gewinne, die von der Bevölkerung mit milliardenschweren Rettungspaketen bezahlt wurden. Wer mehrere Jobs ausüben muss, um einigermaßen über die Runden zu kommen, wer sich um kleine Kinder oder seine pflegebedürftigen Eltern kümmert, wer Vollzeit arbeitet und trotzdem kaum genug zum Leben hat, kann nicht immer weiter belastet und zum Verzicht gezwungen werden. Besonders dann nicht, wenn sich Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer schon wieder neue Dienstautos um je 50.000 Euro leisten. Eine kalte Dusche für die Bevölkerung, warme Ledersitze für die Mächtigen im Land

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



Wir verraten euch nie!

KPÖ – damit wir uns das Leben wieder leisten können